

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 spaltige Kolonell-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Die Beendigung der „Finanzreform“.

Am Sonnabend, 10. Juli, in der siebenten Abendstunde, ist die Finanzreform beendet worden. Unter Reform versteht man eine vernünftige Umgestaltung drückender, ungerechter Verhältnisse. Das Wort Reform ist folglich nicht anzuwenden auf die Durchdrückung der neuen Steuern. Es fehlte an Geld, nun gut, es ist geschafft worden. Die 500 Millionen fließen in den Reichssäckel und bald wird wieder eine neue Lücke in der Kasse gähnen. Politisch besteht das Resultat des mehr als 8 Monate anhaltenden Kampfes in der Zertrümmerung des Blocks. Die Paarung zwischen liberalem und konservativem Geist hat andre denn reaktionäre Früchte nicht gezeitigt. Als die Liberalen so etwas wie bescheidenen Lohn für treue Dienste forderten, einen teilweisen Verzicht auf die Branntweinliebesgabe heischten und zur Auffrischung ihrer Popularität von dem Besitz in Form einer Erbschaftsteuer knapp 100 Millionen forderten, da bekam die Waffenbrüderschaft ein Loch! Verfohnt lagen sich jetzt Zentrümmer und Konservative in den Armen. Heute ist Zentrum mehr Trumpf wie im Dezember des Jahres 1906, als die Auflösung erfolgte. Der Kanzler, welcher das Zentrum ausschalten wollte, muß nunmehr seine Entlassung nehmen. Möglich, daß es anlässlich der Ernennung des neuen Mannes zwischen Zentrum und Konservativen zu leichtem Säufeln der Bestimmung im Parteiblätterwalde kommt. Die Zentrumspresse will keinen Kanzler, der als Minister in der Blocktür tätig gewesen. Die Junkterpresse sieht natürlich das Junkertum als den Schoß aller Kanzler an. Diese Bestimmung wird sich aber rasch geben, und im Grunde ist es gleich, woher der neue Mann kommt. Seine Taten werden, wenn nicht Rückschritt, so doch kulturwidrigen Stillstand darstellen. So war es ja auch unter Bülow's Kanzlerschaft bei der Ausschaltung des Zentrums. Dessen Einschaltung bringt eine Aenderung nicht.

Die Finanzreform sollte noch den Versicherungen der Regierungsvorteiler sich noch den Grundfragen ausgleichender Gerechtigkeit vollziehen: ein Fünftel der neuen Ausgaben dem Besitz, der Industrie, dem Handel vier Fünftel dem Verbrauch, das heißt auf die Schultern der Arbeiter und weniger Besitzenden. So sah das Rezept der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ aus, mit dem sich auch die Liberalen begnügten. So armfelig das Rezept auch war, dem klerikal-konservativ-politischen Schnapsblock war das schon zuviel an Belastung des Besitzes. Rücksichtslos hat er auch in dieser Woche seine Macht benutzt und sein Steuerprogramm, das da lautet, weiteste Schonung des Besitzes, zur Anerkennung zu bringen. Natürlich mit Erfolg. So hat er gleich am Beginn der Woche auch das Erbrecht des Staates unter Berufung auf Familienrecht und Familienfiskus abgelehnt. Nach diesem Erbrecht wollte Vater Fiskus an die Stelle „trauernder Hinterbliebenen“ treten, und zwar dann, wenn jemand das Zeitliche segnet, ohne sein Haus bestellt, d. h. sein Testament gemacht zu haben und lachende Erben erst aus mehr denn dritter Ordnung kommen. Das ist ebenso gegen den „Familienfiskus“ der Mehrheit, wie die Erbschaftsteuer für Ehefrauen und Kinder. Herr Gröber aus dem Zentrum hatte die grundsätzlichen Bedenken der Mehrheit zu vertreten. Diese grundsätzlichen Bedenken gelten natürlich nicht, wenn ein Reichserbbonkel und dito Tante einer frommen Gesellschaft oder gar dem guten Magen der Kirche seinen irdischen Mammon einverleibt.

Der Abwälzung der Biersteuer auf die Biertrinker ist durch ein neues Gesetz über Schankgefäße der Weg gebnet. Mehr Gefäß, weniger Inhalt! In unformlich dicken Gläsern werden anstatt von drei Zehnteln, wie jetzt, den Berechnern edlen Gerstenjaßes fünf Zwanzigstel oder noch weniger kredenzt werden. Die Einführung der Weinsteuern verhinderte die Rücksicht auf die Wähler. Der Oberagrariar Köstke, wie verschiedene Exkulte des Zentrums wagten es nicht, den Weinbauern vor den Kopf zu stoßen. Die Weinsteuern sind gefallen. Als Kellame-Versteigerer ist die Schaumweinsteuer stehen geblieben, die als 5-Millionensäckelchen verkünden soll, daß man den Luxus versteuert!

Am rasch noch eine andre Wurf in die agrarische Rauchkammer zu bringen, wurde die zollwidrige Behandlung von Gerste, die zum Volljaß von 1,30 Mt. eingeführt wird, auf die Tagesordnung gesetzt. Besonders die Interessenanwälte der Gerstenbauern befürchten, daß Gerste mit einem Volljaß von 1,30 Mt. als Braugerste Verwendung finden könnte, die einen Volljaß von 4 Mt. trägt. Daß es schon geschehen, ist nicht nachgewiesen. Und so ist denn beschlossen, daß die vom Auslande eingehende Gerste, auf die der Volljaß von 1,30 Mt. für einen Doppelzentner zur Anwendung kommt, kenntlich zu machen ist, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie zur Bereitung von Malz ungeeignet ist oder daß sie hierzu nicht verwendet wird, oder daß sie zu Brennweizen verwendet wird. Die Kenntlichmachung wird durch Färbung der Gerste mit Cochin erfolgen. Nach dieser kleinen Gabe an die Gerstenbauern erfolgte

wieder ein größerer Griff in die Taschen der Verbraucher durch Einführung der Besteuerung der Bündwaren. Diese Besteuerung, die dem Steuerpörsinn der neuen Mehrheit zu danken ist, bringt 25 Millionen Mark Belastung und setzt den Verbrauch voraussichtlich um 25 Prozent herab. Vermehrung der Arbeitslosigkeit für die Bündholzarbeiter ist die Folge. Das hinderte die Mehrheit nicht, einen Antrag auf Entschädigung der Arbeiter abzulehnen. Besonders die Zentrumsmänner waren unter den Ablehnenden. (Siehe den Artikel über die Bündwarensteuer unter Chemische Industrie. D. N.) Die Mühlenumsatzsteuer ist gefallen. Die Polen und die Freikonfessionen machten hierbei nicht mit. Das Zentrum, dem ja die Urheberchaft für dieses neue Projekt der Lebensmittelverteuerung zufällt, unterließ es nicht, die Annahme zu empfehlen. Der Kohlenausfuhrzoll fand auch keine Liebe, er wurde einstimmig abgelehnt.

Ein reichter Erntetag für Regierung und Schnapsjunker war der 9. Juli. Er brachte Brausteuer, Tabaksteuer und Branntweinsteuer in dritter Lesung in die Scheuern. Für die Brauereien ist neben der Abwälzung der Steuer auch eine Minderung der Konkurrenz eingeführt. Für neue Brauereien, welche nach dem 1. August in Betrieb genommen werden und mit deren Bau nicht bereits vor dem 1. Januar 1909 begonnen war, sowie für Brauereien, welche nach dem 1. August 1909 wieder in Betrieb genommen werden, nachdem sie mehr als zwei Jahre außer Betrieb waren, erhöhen sich die Steuerfäge in der Zeit bis zum 31. März 1915 um 50 vom Hundert, in der Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1918 um 25 vom Hundert. Neugründungen von Brauereien oder Inbetriebsetzungen stillliegender werden unter der Wirkung dieser Bestimmungen kaum erfolgen. Das ist auch der Zweck des Beschlusses. Um die durch Abnahme des Bierumsatzes arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter kümmern sich die Gesetzgeber nicht im geringsten. Ein Antrag auf Entschädigung für diese wurde abgelehnt. Die Beratung der Tabaksteuer brachte einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, welcher, einer Petition des christlichen Tabakarbeiterverbandes entsprechend, die Entschädigung der arbeitslos werdenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen regeln sollte, und der außerdem die Entschädigung der Angestellten forderte. Dieser Antrag und damit auch die Petition wurde vom Zentrum niedergestimmt. So wahren Herr Giesberts und Genossen Gewerkschaftsforderungen aus dem eigenen Lager. Mit welchem Recht diese Herren sich eigentlich noch Arbeitervertreter nennen, ist ein unergründliches Geheimnis. Aber es kam noch toller! Herr Giesberts bot die Hand zur Verschlechterung seines in zweiter Lesung angenommenen Antrags, indem er die zu gewährende Unterstützung für arbeitslos werdende Arbeiter und Hausgewerbetreibende auf 4 Millionen beschränkte. Wer dann noch Verbrauch dieser Summe noch arbeitslos wird, mag betteln oder stehlen. Die Formulierung des Antrags schließt die Gefahr ein, daß die „Unterstützung“, weil sie doch aus öffentlichen Mitteln gewährt wird, als Armenunterstützung angerechnet und zum Verlust politischer Rechte führt. Auch das socht die schwarzen „Arbeitervertreter“ nichts an. Ein wohlverdientes Schicksal war es, daß ausgerechnet Herr Stresemann, der Syndikus eines Unternehmerverbandes, Verbesserungsanträge zum Antrag Giesberts stellte. Ein nationalliberaler Unternehmerverbandes-Syndikus arbeiterfreundlicher als Herr Giesberts! Das ist bezeichnend.

Beim Branntweinsteuergesetz hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, 10 Prozent vom Ertrage zur Heilung der Trunksucht aufzuwenden. Die Nationalliberalen beantragten, daß der hundertste Teil für den gleichen Zweck zur Verwendung komme. Alle Parteien versicherten ihre Sympathie für die Ziele des Antrags, um dann den sozialdemokratischen als auch den nationalliberalen Antrag abzulehnen. Der letzte Tag in der Woche brachte dann die Annahme der „Finanzreform“. Die Mehrheit hatte es eilig. In Sitzungen, die sich vom frühen Vormittag bis zum späten Abend, einmal bis nach Mitternacht ausdehnten, arbeitete die Mehrheit als Presse für Durchdrückung ihrer Anträge. Viele der letzteren erfuhren kaum eine Begründung. Der Wille der Mehrheit erstreckte die Gründe. Nun ist das Wort vollbracht. Die Junker sind von Lasten verschont, machen sogar noch ein Geschäft. Das Zentrum erlebte durch Bülow's Abgang einen großen Sieg, das Volk aber eine neue Belastung.

### Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Das Krisenjahr 1908 ist auch an den deutschen Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen. Alle drei Gewerkschaftsrichtungen haben an Mitgliedern eingebüßt. Nach dem im „Korrespondenzblatt“ mitgeteilten Jahresabschluss hatten die freien Gewerkschaften am 31. Dezember 1908 72 284 Mitglieder weniger als am gleichen Datum des Vorjahres. Das ist ein Rückgang um rund 4 Prozent. Am

stärksten war der Rückgang im Baugewerbe, das 37 718 Mitglieder verloren hat. Dann folgt das Textilgewerbe mit 23 320 und die Industrie der ... und Erden mit 65 76 verlorenen Mitgliedern. Das Gesamtresultat in den Industriegruppen stellt sich wie folgt:

	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1907	1908	Zunahme	Abnahme
Baugewerbe	367 647	329 929	—	37 718
Metallindustrie	407 571	406 407	—	1 351
Textilarbeiter	126 440	103 120	—	23 320
Handels- u. Transportgewerbe	133 624	132 468	—	1 156
Bergarbeiter	111 476	112 513	1037	—
Bekleidungsindustrie	93 984	90 206	—	3 778
Holzindustrie	164 892	160 313	—	4 579
Nahrungsmittelindustrie	90 953	91 250	297	—
Gastwirtschaftsgewerbe	9 955	9 828	—	127
Gärtner	4 730	4 612	—	118
Industrie der Steine und Erden	61 656	55 080	—	6 576
Papier- u. Lederindustrie	49 317	48 001	—	1 316
Poligraphische Gewerbe	85 004	87 603	2599	—
Sonstige Berufe	165 897	169 532	3635	—
Summa	1 873 146	1 800 862	7568	80 039

So bedauerlich nun auch der Rückgang ist, findet er doch in der gedrückten Wirtschaftslage des verfloffenen Jahres seine volle Erklärung, und es steht zu hoffen, daß mit dem Ansteigen der wirtschaftlichen Konjunktur, für die ja zurzeit Anzeichen vorhanden sind, die Lücke, die das Jahr 1908 in den Bestand der freien Gewerkschaften gerissen hat, bald ausgefüllt sein wird.

Schwerer wie die freien Gewerkschaften sind die beiden andern Gewerkschaftsrichtungen betroffen worden, wie die letzte Nummer des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“, die die Jahresstatistik über die christlichen Gewerkschaften enthält, zeigt. Die bei uns beobachtete Tatsache, daß von der Krise das Baugewerbe und das Textilgewerbe und dementsprechend auch die für diese Gewerbe bestehenden Organisationen am schwersten getroffen wurden, trifft auch für die christlichen Gewerkschaften zu. Im allgemeinen werden für den Mitgliederabgang ganz plausible Gründe angeführt, aber bei dem Vergleiche in der Mitgliederabnahme der christlichen Gewerkschaften und unjünger Gewerkschaften geht dem Berichterstatter schon alle Vernunft und Logik zum Teufel. Erst wird ein langes und breites geredet über die „wieder einmal veränderte Kampfesstatik der sozialdemokratischen Bewegung“, auch etwas über die tapfere Vorhut der kirchlichen Dunderdschen, die ihre Mitgliederzahl verschwiegen und ihre Abrechnung verschleierte, bei rund 125 000 Mt. Mindereinnahmen aber einen empfindlichen Mitgliederverlust zu beklagen haben müßten u. a. m. Nach dieser langen Prühe kommen dann endlich die Fische. Im Jahresabschluss zählten die christlichen 23 882 Mitglieder weniger als im Jahre 1907.

Diese denn doch verteuert unangenehme Tatsache wird nun durch allerhand drum und dran zu verbrämen gesucht. Im Jahresdurchschnitt des Mitgliederbestandes betrage die Mitgliederabnahme nur 904; wenn sie auch prozentual etwas größeren Mitgliederverlust hätten, so sei er doch bei unsern Gewerkschaften in der Zahl größer usw. Wir wollen einfach bei den Tatsachen bleiben. Die durchschnittliche Jahresmitgliederzahl liegt für unsere Gewerkschaften noch nicht vor. Wir haben am Jahresabschluss 72 284 Mitglieder verloren, die christlichen 23 882. Im Verhältnis zum Mitgliederbestand bedeutet das, daß die freien Gewerkschaften 4 Prozent, die christlichen Gewerkschaften aber 9 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt haben! Nur so haben doch Zahlengegenüberstellungen einen Wert und nur so ist Ehrlichkeit bei der Sache zu finden. Ob bei der Jahresdurchschnittszahl unserer Gewerkschaften das selbe Zahlenverhältnis bestehen bleibt, muß gänzlich außer Betracht bleiben.

Mitgliederzuwachs hatten die bayerischen Eisenbahner mit 2074, die Steinarbeiter Mayen mit 1167, die Heimarbeiterinnen mit 849 usw. aufzuweisen. Mitgliederabgang hatten die Bauhandwerker mit 4833, Keramarbeiter mit 4412, Textilarbeiter mit 3203, Metallarbeiter mit 1663, Hilfs- usw. Arbeiter mit 540 zu verzeichnen. Bei der Uebersicht der Klassenverhältnisse fällt es auf, daß in dieser schweren Zeit wirtschaftlicher Depression und sozialen Glends die humanitären Unterstützungen nur eine sehr geringe Zunahme in den Ausgaben aufweisen. Die Streikunterstützung ist von 743 000 Mt. auf 424 000 Mt. herabgegangen. Der Vermögensbestand mit rund 4 500 000 Mt. erhöhte sich um rund 1 025 000 Mt.

Besonders stark ist der Rückgang bei den Keramarbeitern, deren Mitgliederzahl um 44 Prozent gefallen ist; das ist schon mehr ein Zusammenbruch, als ein Rückgang. Dagegen hat sich der Verband der Hilfs- usw. Arbeiter leidlich gut gehalten, der Rückgang ist bei ihm nicht viel stärker als im Fabrikarbeiterverband. Die Klassenverhältnisse dieses Verbandes sind allerdings mehr als möglich; ganze 27 750 Mark, also noch nicht einmal 2 Mark pro Mitglied, befinden sich in der Hauptkasse. Daß mit

solchen Mitteln keine Kämpfe geführt werden können, ist klar.

Nach müssiger, wie mit den Christlichen, scheint es mit den Hirsch-Dunderschen zu stehen, denn diese haben wohl ihren Klassenbericht, aber nicht ihre Mitgliederzahlen veröffentlicht. Aus dieser bezeichnenden Tatsache sowohl, wie aus der weiteren, daß die Einnahmen der Gewerksvereine um 125 000 Mark zurückgegangen sind, läßt sich aber der Schluß ziehen, daß der Mitgliederchwund in den Gewerksvereinen, der schon in den letzten Jahren der guten Konjunktur einsetzte, in dem Krisenjahr 1908 enormen Umfang angenommen hat. Der Klassenbericht der Gewerksvereine ist so abgefaßt, daß Vergleiche mit dem Vorjahre fast gänzlich unmöglich sind. Während früher die Klassen der Gewerksvereine getrennt von den Klassen der Krankenkassen und Begräbniskassen geführt wurden, ist für das verfloffene Jahr alles durcheinander geworfen. Feststellen läßt sich nur, daß die Einnahmen aller Klassen um 125 000 Mark gesunken, das Vermögen aller Klassen aber um fast 400 000 M. gestiegen ist. Wenn der „Gewerksverein“ meint, der Klassenbericht biete „ein wichtiges Agitationsmaterial“ für die Gewerksvereine, so bemerken wir dazu bescheidenlich, daß der Gewerksvereinsagitor ein bedauerndes Opfer sein muß, der mit so wie zusammengewürfelten Zahlenhaufen argumentieren und mit so verhängnisvollem Mitgliederchwund die „Werbekraft der Gewerksvereinsidee“ beweisen will. Wir sind der Meinung, daß auch die Gewerkschaftsentwicklung des Krisenjahres deutlich bewiesen hat, daß den freien Gewerkschaften die Zukunft gehört.

Die Gewerkschaften in Großbritannien.

In der chemischen Industrie Großbritanniens sind sonst keine Gewerkschaften vorhanden, als fünf Ortsvereine der Salzarbeiter; die Entwicklung ihrer Mitgliederzahl gestaltete sich von 1903—1907 wie folgt:

Table with 6 columns: Name des Vereins, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows include Winsford Salt Makers, Northwich Salt Workers etc., Droitwich Salt Makers etc., South Durham and North Yorkshire Salt Workers, Stoke Prior Salt Makers etc.

Nicht besser sieht es mit den Organisationen der Papierarbeiter aus; es sind da zu nennen:

Table with 6 columns: Name des Vereins, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows include Original Society of Paper Makers, National Paper Mill Workers, Amalgamated Paper Makers.

Ende 1908 bestanden noch drei Vereine der Ziegelfabrikanten; einer davon wurde 1904 aufgelöst, so daß noch zwei verbleiben: die Operative Brickmakers von Nottingham und Umgebung, deren Mitgliederzahl sich von 220 1903 auf 204 1907 verringerte und die Cinder Hill Brickmakers (Ziegelmacher von Cinder Hill), die bei ihrer Gründung — 1905 — und auch noch Ende 1907 52 Mitglieder hatten.

Eine ziemlich große Mitgliederzahl besitzen die allgemeinen Gewerkschaften der Hilfs- und Fabrikarbeiter (ausschließlich der Hausarbeiter), die nachstehend angeführt werden:

Table with 6 columns: Name der Organisation, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907. Rows include Bristol, West of England and South Wales Operatives, Gas Workers and General Labourers, Gas Workers, Brick Makers and General Labourers, Labour Protection League, National Amalgamated Labourers, National Amalgamated Union of Labour, National Labourers' Union (Schottland), Manchester Women Work, Ipswich Working Men's Independent Federation, British Labour Amalgamated, The Workers' Union, Rathmines and District Workmen, Kilmore Trade and Labour, National Federation of Women Workers, Pembroke United Labour.

Von vier allgemeinen Hilfsarbeiterverbänden liegen Angaben über die Selbstführung vor, und zwar von den Gasworkers and General Labourers (Gasarbeiter und allgemeine Hilfsarbeiter), Gasworkers, Brickmakers and General Labourers (Gasarbeiter, Ziegelmacher und allgemeine Hilfsarbeiter), National Amalgamated Labourers (Nationale geringe Arbeiter), und der National Amalgamated Union of Labour (Nationaler geeinigter Arbeiterverband).

Der weitaus größte Teil der Einnahmen liegt bei allen vier Verbänden aus Beiträgen der Mitglieder, ob diese nun in der Form von Mitgliedsgebühren, regelmäßigen Beiträgen, Sonderbeiträgen oder Sonstigen geleistet werden; es bemerken wir:

Table with 5 columns: Der Verband, Jahr, Beiträge der Mitglieder, Vermögen, Sonstiges, Summe. Row for Gas Workers and General Labourers.

Table with 5 columns: Der Verband, Jahr, Beiträge der Mitglieder, Vermögen, Sonstiges, Summe. Rows for Gas Workers, Brickmakers and General Labourers, National Amalgamated Labourers, National Amalgamated Union of Labour.

Im Jahre 1907 kamen an Einnahmen auf ein Mitglied: bei den Gasworkers and General Labourers 11,40 Schilling (ebensoviel Mark), bei den Gasworkers, Brickmakers and General Labourers 13,05 Schilling, bei den National Amalgamated Labourers 14,00 Schilling und bei der National Amalgamated Union of Labour 14,90 Schilling.

Streiks, Ausperrungen, gewerbliche Bewegungen ohne Arbeits-einstellung und Maßregelungen setzten den Gasworkers and General Labourers 1903 6972 Pfd. Sterl., 1904 2240 Pfd. Sterl., 1905 4594 Pfd. Sterl., 1906 5629 Pfd. Sterl., 1907 3408 Pfund Sterling, den Gasworkers, Brickmakers and General Labourers 1903 78 Pfd. Sterl., 1904 41 Pfd. Sterl., 1905 7 Pfd. Sterl., 1906 1 Pfd. Sterl., 1907 51 Pfd. Sterl., den National Amalgamated Labourers 1903 8 Pfd. Sterl., 1905 17,51 Pfd. Sterl., 1906 18 Pfd. Sterl., 1907 339 Pfd. Sterl., der National Amalgamated Union of Labour 1903 1592 Pfd. Sterl., 1904 345 Pfd. Sterl., 1905 1674 Pfd. Sterl., 1906 2756 Pfd. Sterl., 1907 651 Pfd. Sterl., also gewöhnlich im Verhältnis zur Mitgliederzahl geringe Beiträge. Bald nach ihrer 1889 erfolgten Gründung waren diese Organisationen kampflustiger, als sie es jetzt sind; damals wurden sie von den „alten“ Gewerkschaften als „radikal“ verurteilt. Nun sind die Gegensätze zwischen dem alten und dem neuen Unionismus längst ausgeglichen.

Arbeitslosenunterstützung pflegen nur zwei der allgemeinen Hilfsarbeiter-Gewerkschaften, Krankenunterstützung alle vier hier behandelten, Lebensunterstützung dieselben mit Ausnahme der Gasworkers and General Labourers. In den fünf Jahren 1903—1907 wurden für diese Unterstützungen angegeben:

Table with 5 columns: Von dem Verband, im Jahre, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Lebensunterstützung, Summe. Rows for Gasworkers and General Labourers, Gasworkers, Brickmakers and General Labourers, National Amalgamated Labourers, National Amalgamated Union of Labour.

Am besten ausgebildet ist das Unterstützungsweesen bei der National Amalgamated Union of Labour.

Die Gesamtausgaben betrafen sich bei den Gasworkers and General Labourers 1903 auf 20 537 Pfd. Sterl., 1904 auf 18 417 Pfd. Sterl., 1905 auf 17 422 Pfd. Sterl., 1906 auf 20 737 Pfd. Sterl., 1907 auf 20 349 Pfd. Sterl.; bei den Gasworkers, Brickmakers and General Labourers 1903 auf 2229 Pfd. Sterl., 1904 auf 2154 Pfd. Sterl., 1905 auf 1997 Pfd. Sterl., 1906 auf 1993 Pfd. Sterl., 1907 auf 2691 Pfd. Sterl.; bei den National Amalgamated Labourers 1903 auf 3109 Pfd. Sterl., 1904 auf 1806 Pfd. Sterl., 1905 auf 3949 Pfd. Sterl., 1906 auf 1322 Pfd. Sterl., 1907 auf 1985 Pfd. Sterl.; bei der National Amalgamated Union of Labour 1903 auf 15 210 Pfd. Sterl., 1904 auf 13 627 Pfd. Sterl., 1905 auf 14 595 Pfd. Sterl., 1906 auf 17 188 Pfd. Sterl., 1907 auf 15 749 Pfd. Sterl. Auf Unterstützungen aller Art kommt bei diesen Verbänden ein kleinerer Teil, auf Verwaltungsstellen und Sonstiges ein größerer Teil der Gesamtausgaben als bei den 100 hauptsächlich britischen Gewerkschaften im allgemeinen.

Der Vermögensbestand liegt bei den Gasworkers and General Labourers von 5363 Pfd. Sterl. 1903 auf 6794 Pfd. Sterl. 1907; bei den Gasworkers, Brickmakers and General Labourers von 2341 Pfd. Sterl. 1903 auf 4571 Pfd. Sterl. 1907, bei den National Amalgamated Labourers von 2675 Pfd. Sterl. 1903 auf 2728 Pfd. Sterl. 1907; bei der National Amalgamated Union of Labour ging er von 10 467 Pfd. Sterl. Ende 1903 auf 8 138 Pfd. Sterl. Ende 1907 zurück.

Die beiden größeren allgemeinen Hilfsarbeiterverbände sind auf wirtschaftlichem Gebiete ziemlich einflussreich.

Von dem Arbeiterverband für Südt., West-England und Süd-Wales, der 1873 gegründet wurde und Ende 1907 in 388 Ortsgruppen 44 297 Mitglieder zählte, waren keine weiteren Auskünfte zu erlangen.

Zum Schluß sollen noch einige allgemeine Bemerkungen über die britischen Gewerkschaften hier Platz finden. Selbst demjenigen, der nur wenig Gelegenheit hat, Blicke in ihr inneres Gerinne zu werfen, fällt die großartige Geschlossenheit auf; die Kämpfe der britischen Arbeiter werden, mögen sie von noch so langer Dauer und noch so hartnäckig sein, in völliger Ruhe, frei von Zwischenfällen geführt. Der Kampfplan ist klar vorgezeichnet, die Disziplin eine sehr gute. Das Verhalten der Arbeiter ist kein ständiges, unruhiges; die Organisation beherrscht alle Mitglieder und hat einen gewissen Einfluß auf sie; selbst auf die geringsten unter ihnen. Die unübersehbare Autorität der Organisation unterbreitet die Unordnung und nimmt jede Neigung zu Sondergängen. Der gewerkschaftliche Kampf wird erleichtert durch Selbstschutz; und meist gut geführte Kassen. Die Selbstlosigkeit und die Macht der Gewerkschaften über ihre Anhänger wird durch verschiedene innere Einrichtungen erleichtert gemacht. Bei einem Teil der Verbände ist z. B. vorgezeichnet, daß Vertrauenspersonen nur die Personen besitzen dürfen, die seit einer gewissen Zahl von Jahren Mitglieder sind und die keine Beitragsrückstände haben. In vielen Verbänden gelernter Arbeiter muß jeder Kollege beim Eintritt in

eine Werkstätte den Beitel der Stellenvermittlung vorzeigen, er kann ohne Anmeldung bei dieser gar keinen Posten antreten. Das Vermerkbuch, „Call Book“ genannt, liegt im Verbandslokale auf und jeder Arbeitslose hat sich darin selbst einzuführen, um bei Vergabe der Posten der Reihe nach gerufen zu werden. Der in der Liste oben anstehende hat den ersten ausgerufenen Posten unbedingt anzunehmen, sofern nicht ganz bestimmte wirklich begründete Einwendungen gemacht werden können. Andernfalls kann sein Name für einen Tag oder für mehrere Tage von der Liste gestrichelt werden. Auch für Streikfälle sind ins Einzelne gehende Vorschriften vorhanden. Besonders wichtige Fragen, Wahlen von Beamten und Vertretern, wie Angelegenheiten, die Ausgaben in gewisser Höhe bedingen, werden gewöhnlich durch Urabstimmung erledigt, die trotz der großen räumlichen Entfernungen und andern Schwierigkeiten in musterhafter Ordnung und Pünktlichkeit durchgeführt wird. — Sonst sind freilich die Verhältnisse der britischen Arbeiter recht eigenartige. Die Arbeitslokale z. B. müssen in den meisten Fällen als sehr schlecht und gesundheitsschädlich bezeichnet werden; die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen sind unzulänglich; die Arbeiterverletzung bis hierher, obwohl unter gewissen Voraussetzungen Anrecht auf Unfallentschädigung sowie auf Altersrente besteht. Der berufliche Kastengeist ist ungleich stärker, als wir ihn in Deutschland noch kennen, der Unterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern ist sehr groß. Die erlangernten stehen sich im ganzen besser, die leistungsmäßig schlechter als in Deutschland. Die Not tritt in den großen Industriestädten weit krasser zutage, als wir es daheim zu beobachten gewohnt sind.

Zureichenden Ausländern wird der Beitritt zu den Gewerkschaften — soweit das feststellbar ist — in keiner Weise erschwert. Die Beitrittsgebühren machen über 5 Schilling aus, der Wochenbeitrag schwankt in der Regel zwischen 1/2 Schilling und 1 1/2 Schilling; nahezu alle großen Verbände haben mehrere Beitragsklassen.

Der Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten.

Dem Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten müssen wir auch heuer wieder einige Zeilen widmen. Vorab sei anerkannt, daß er von fleißiger Arbeit zeugt und Zeugnis dafür ablegt, daß die Papierfabrikanten in ihrem Verein eine ebenso einflussreiche wie rücksichtslos Interessensvertretung haben. Weil sich aber diese Rücksichtslosigkeit mit volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit und sozialpolitischer Blindheit paart, wird der Erfolg immer nur problematisch sein.

Für den Mangel wirtschaftspolitischer Weltlichkeit nur ein Beispiel: Obwohl die deutsche Ausfuhr an Papier im Jahre 1908 um 1,3 Prozent gestiegen, die Einfuhr aber um 20,8 Prozent gesunken ist, klagt der Bericht über die hohen Zölle der Vertragsstaaten und fordert — Heraushebung der deutschen Zölle und schärfere Handhabung der bestehenden Vertragsbestimmungen. Dabei muß doch jedem Kinde einleuchten, daß von einem derartigen Vorgehen nur die deutschen Papierfabriken den Schaden hätten, weil das Ausland mit einer Erschwerung der deutschen Einfuhr antworten würde. Für eine Industrie, deren Erzeugnisse mehr aus- als eingeführt werden, müssen Schutzzölle fast immer zum Schaden ausschlagen.

Bemerkenswert ist das Berlegenheitsgefammel, mit dem sich der Bericht über die Feststellungen der Kommission zur Vorbereitung der amerikanischen Tarif-Reformbill hinwegsetzt. Im Bericht dieser Kommission wird nämlich die Berechtigung eines erhöhten Zolles auf deutsche Papiere damit begründet, daß in Deutschland die Löhne viel niedriger seien als in Amerika und daß somit Deutschlands Konkurrenz als Schmutzkonkurrenz gelten müsse. Wenn wir auch durchaus keinen Anlaß haben, die amerikanischen Schutzzölle zu unterstützen, oder ihren Statistiken sonderliches Vertrauen entgegenzubringen, so muß doch gesagt werden, daß ihre Feststellungen über die Löhne in der deutschen Papierindustrie im allgemeinen richtig sind.

Nicht richtig ist es dagegen, wenn im Bericht des Vereins der Papierfabrikanten gesagt wird, der amerikanische Arbeiter leiste mehr als doppelt so viel wie sein deutscher Berufsgenosse. Das ist entweder ohne Ueberlegung hingeschrieben, oder es ist eine wider besseres Wissen aufgesetzte Behauptung. Wahr ist nur, daß die amerikanischen Papiermaschinen den deutschen weit überlegen sind und eine weit höhere Produktion ermöglichen. Damit ist aber gar nicht gesagt, daß auch der Arbeiter entsprechend mehr arbeiten müsse. In welchem Verhältnis müßte denn sonst die Arbeitsleistung eines Arbeiters an einer modernen Papiermaschine zu der Arbeit eines an der Wütte schöpfenden Papierers stehen?

Aber ein interessantes Geständnis entschlüpft dem Verfasser des Berichts bei seiner Polemik gegen die amerikanischen Feststellungen. Es heißt da: „Daß endlich der Anteil des Lohnes an den Erzeugungskosten des Papiers ein verhältnismäßig geringer ist, wird von den amerikanischen Papierfabrikanten verschwiegen.“ Ja, wenn dem so ist, warum jammern denn die deutschen Fabrikanten so unermüdlich über die „steigenden Ansprüche der Arbeiter“, warum prophezeit denn Herr Ditzes allwöchentlich einmal den Ruin der Papierindustrie infolge der „gestiegenen Löhne“, und warum in aller Welt kann der Bericht anhängend an oben zitierten Satz von den „großen, von Jahr zu Jahr wachsenden Lasten des sozialen Versicherungswesens, die der deutsche Papiermacher zu tragen hat“ reden? Wenn schon der Lohn die Erzeugungskosten des Papiers nur wenig beeinflusst, so kann doch von einem Einfluß der sogenannten sozialen Lasten, die doch nur einen ganz geringen Bruchteil des Lohnes bilden, nun und nimmermehr die Rede sein. Das heißt doch Rücken einschirren, wo die Pferde den Dienst versagen.

Wenn es dann an einer andern Stelle des Berichts heißt, daß die Papierfabrikanten zu billigen Preisen an das Ausland verkaufen, „um den Arbeitern Beschäftigung zu geben“, so ist das höchstens eine Viertelwahrheit. Die Unternehmer haben in verfloffenen Jahr zwar mit vermindertem Gewinn, aber nicht ohne Gewinn exportiert, und die Beschäftigung der Arbeiter ist weniger aus „Erwägungen der Menschlichkeit“, wie der Bericht so schön sagt, als aus Rücksicht auf den eigenen Vorteil erfolgt. Im Bericht stehen die Gründe aber in umgekehrter Folge. Und das, obwohl es einige Seiten vorher wörtlich heißt: „Es ist ja noch als ein Glück zu bezeichnen, daß die Wasserverhältnisse

des Jahres 1908/09 ungünstig waren und daß der harte und lange Winter die Flüsse und Bäche bis spät in das Jahr 1909 hinein in Eis verwandelt hat. Infolgedessen wurde der Papiererzeugung manches Hindernis bereitet. Wer so häufig die Außerbrotsigkeit Tausender von Arbeitern als ein Glück bezeichnet, hat gewiß kein Recht, sich einige Seiten später auf den Menschenfreund hinauszuspüren.

Ueber die Arbeiterlöhne sagt der Bericht nur, daß „nennenswerte Rückgänge“ nicht eingetreten wären, allerdings habe sich hin und wieder eine „bessere Anpassung der Löhne an die gefallen Preise der Erzeugnisse“ nicht vermeiden lassen. Wenn gleich mit solchem Medebrei nicht viel anzufangen ist, kann man doch das Eingeständnis herauslesen, daß die Papierfabrikanten die wirtschaftliche Kritik zu Lohnabzügen ausgenützt haben. Daß aber gerade in der Papierindustrie Lohnabzüge geradezu ein Attentat auf Leben und Gesundheit der Arbeiter darstellen, ist unsern Kollegen bekannt, und die Sondererhebungen der bayerischen Fabrikinspektion für 1908 haben dafür erst wieder einen durchschlagenden Beweis geliefert. Es ist den Papierfabrikanten auch bekannt, daß sie mit die jämmerlichsten Löhne in der deutschen Industrie zahlen, sie hätten sonst nicht nötig gehabt, die Beteiligung an einer vom Zentralverband der Industriellen geplanten allgemeinen Lohnstatistik abzulehnen. Sie haben aber abgelehnt in der sicheren Voraussicht, daß sie entweder lägen müßten oder den dokumentarischen Nachweis dafür erbringen würden, daß die Feststellungen der amerikanischen Tarifkommission richtig sind, daß die deutschen Papierfabriken für das Ausland tatsächlich als Schmutzkonkurrenten gelten können.

Charakteristisch für die Konfusion des Berichts ist folgendes: An Hand einiger Abfälle aus der Schnitzmappe wird „nachgewiesen“, daß die Löhne in den letzten 25 Jahren schneller gestiegen seien als die Preise der Lebensmittel. Die Verteuerung der Lebenshaltung sei hauptsächlich zurückzuführen auf die gesteigerten Ansprüche des Arbeiters an „Wohnung, Bekleidung, Bekleidung, Bildung, Unterhaltung und Luxus aller Art“. Welcher Art eigentlich dieser Luxus ist, gibt der Bericht natürlich nicht an. Wozu auch solche Kleinigkeiten erwähnen, die Papierfabrikanten werden's schon so glauben. Nachdem aber auf so einfache Weise die Lebenslage der Arbeiter „gehoben“ wurde, heißt es weiter: „Die sozialdemokratischen Führer aber und ihre Presse wollen es unter allen Umständen vermeiden, daß diese Steigerung der Lebenshaltung ihren Anhängern zum Bewußtsein kommt! Mit wohlgenährten und gut gekleideten Arbeitern läßt sich keine sozialdemokratische Politik treiben. Deshalb muß immer noch das Herrbild des verkümmerten Proletariats erhalten, das lediglich in der Einbildung der sozialdemokratischen Führer und der ihnen nahestehenden sogenannten Sozialpolitiker besteht, von dem aber unparteiische Arbeitervertretungen des Auslandes, die Studienreisen in Deutschland ausgeführt haben, nichts bemerkt haben.“ — Wir sind natürlich daß ob solcher Logik! Erst wird darüber gemurmelt, daß die „sozialdemokratischen“ Führer die Arbeiter mit Erfolg „aufheben“, sich höhere Löhne zu erkämpfen und dann wollen eben diese Führer ihren Anhängern diese Verbesserung „nicht zum Bewußtsein kommen“ lassen. Erst sorgen die „Sozialdemokraten“ dafür, daß der Arbeiter sich besser nähren und kleiden kann und dann können sie mit diesen Arbeitern keine „sozialdemokratische Politik“ machen. Merkwürdige Menschen, diese Sozialdemokraten! Wenn irgend ein hinterwäldlerischer Bauer solchen Unsinn über die größte Partei Deutschlands schwätzen würde, könnte man das verstehen und verzeihen, wenn aber im Bericht einer modern sein wollenden Unternehmervereinigung solch hinverbrannter Unsinn verzapft wird, so ist das ein Beweis ungläublicher politischer Unwissenheit oder Unredlichkeit. Wer auch nur ab und zu einmal Augen und Ohren aufgemacht hat, weiß heute, daß sich die Anhänger der Sozialdemokratie gerade aus den bestbezahlten Arbeiterschichten zusammensetzen und daß gerade die „verkümmerten Proletarier“, deren Existenz der Bericht leugnet, weil — ausländische Studienreisende sie nicht gesehen haben, die sichersten Wahlschafe der bürgerlichen Parteien sind.

Ueber den vor einigen Jahren gegründeten Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstofffabrikanten bringt der Bericht nur einige dürftige Zeilen. Danach hat der Verband „weitere Fortschritte“ gemacht. Kamentlich ist es ihm gelungen, ein nicht unerhebliches Vermögen zu sparen. Wie groß der Fortschritt und wie hoch das Vermögen ist, wird vorsichtshalber nicht gesagt. Weiter hat der Verband angeblich einen Streik verhütet und zum Abbruch eines andern, der nach dem Bericht „leichtfertig angezettelt“ war, beigetragen. Unter Hinweis auf diese Riesenerfolge werden die Fabrikanten zum Eintritt ersucht, weil die Ziele des Arbeitgeberverbandes „auf einen gerechten Ausgleich zwischen den Arbeitgeber und ihren Arbeitern gerichtet sind“. Dieser dunkeln Rede Sinn wird etwas heller, wenn wir eine an anderer Stelle eingetragene Bemerkung über Arbeitgeberorganisationen hier gleich mit einfügen. Auf Seite 91 heißt es: „Die Arbeitgeber innerhalb der deutschen Industrie... haben ihre Verbände zielbewußt ausgebaut, so daß allmählich unser Vaterland von einem Reich von solchen Unternehmungen überzogen ist, dem so leicht kein unüberlegtes Streikender Arbeiter mehr entschlüpfen kann.“ Der „gerechte Ausgleich“ soll also darin bestehen, daß die Verbände jeden Arbeiter, der es wagt, sich als Mensch zu gebärden, durch schwarze Listen von Ort zu Ort hegen. Solch schamlose Bekämpfung der Unternehmerrwürde muß allerdings schamhaft umschrieben werden.

Der Bericht begnügt sich übrigens nicht damit, die deutschen Arbeiterorganisationen in Grund und Boden zu verdammen und die deutschen Unternehmer zum Kampf um die heiligsten Güter aufzurufen, sondern will auch noch den ausländischen Unternehmern mit guten Lehren über die Behandlung schlechter Menschen dienen. So heißt es, daß die englischen Gewerkschaften von den Unternehmern „verwöhnt“ würden und daß die letzteren gegenüber den „Anmaßungen der Arbeitervereinigungen“ den Zusammenschluß zu spät ge-

funden haben. Dabei liegt die Organisation der Arbeiter in der englischen Papierindustrie noch sehr im Argen, sie ist nichts weniger, denn von den Unternehmern verwöhnt und ihre Anmaßung ist höchste Verschwendung, wenn sie verglichen wird mit der, die in den angezogenen Stellen im Bericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten zum Ausdruck kommt. Wir meinen, wer so unwissend ist über die Arbeiterverhältnisse des eigenen Landes, sollte sich hüten, über das Ausland auch nur ein Wort zu schreiben.

Soweit die Tätigkeit des Vereins die Arbeiter direkt angeht, haben wir laufend darüber berichtet. Er protestiert grundsätzlich und unbesehen gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt und unterstützt ebenso unbesehen jede reaktionäre Forderung. Nebenbei vertreibt er die Industrie durch Belohnung der Arbeiter mit wertlosen Papierdiplomen. Daß wir hierbei papierne Arbeiterbegünstigung für großen Unfug halten, haben wir so oft bekannt, daß wir die Angaben darüber hier übergehen können.

Ueber den Mitgliederstand des Vereins wird berichtet, daß er jetzt 350 Papier- und Pappfabriken als Mitglieder zählt, so daß nur noch 11 Papierfabriken dem Verbande nicht angehören. Mit welchem Eifer die Unternehmer agitieren, bezeugt die Mitteilung, daß den Mitgliedern ein Verzeichnis der noch außenstehenden Firmen zugestellt wurde mit der Aufforderung, nach Möglichkeit auf diese Firmen einzuwirken und sie zum Beitritt zu bestimmen. Dieser Eifer im Ausbau der Organisation ist das einzige, was wir unsern Mitgliedern aus dem Bericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten als vorbildlich empfehlen können.

**Uchtung, Kollegen der Papierfabriken!**

Die haultige Anlage der Papyrus, Aktiengesellschaft für Papierfabrikation in Mannheim-Waldhof, geht ihrer Vollendung entgegen. Die erste Papiermaschine ist bereits in Betrieb, während die drei weiteren in kurzen Abständen folgen. Da nun bis zum Spätherbst der Betrieb voll aufgenommen wird, reflektiert die Firma auf eingearbeitetes Personal.

Die Kollegen werden nun ersucht, bevor sie mit Angeboten an die Firma herantreten, sich mit der Geschäftsstelle Mannheim in Verbindung zu setzen, von wo aus die Kollegen näheren Aufschluß über die Arbeitslöhne und sonstigen Verhältnisse erhalten.

**Im Auftrag der Organisationsleitung:**  
Johannes Forthuber, F 4 Nr. 9, 3. Et.

**Der Dank des Kapitals.**

Die Flensburger Papierfabrik ist in die Hände der Aktiengesellschaft Reichholz in Westfalen übergegangen. Seit 12. Juni ist der Betrieb eingestellt, da größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Es wird auch eine Holzschleiferei gebaut, hierzu hat man aus wärtige Arbeiter kommen lassen. Im Betriebe selbst wird alles repariert und gereinigt. Gestandigt wurde 12—15 Arbeitern, meistens ältere Arbeiter, darunter solche, die länger als neun Jahre im Betriebe beschäftigt waren. Wenn in früherer Zeit diese Arbeiter aufgefördert wurden, sich der Organisation anzuschließen, dann lehnten sie es in der Regel mit dem Hinweis auf ihre Lebensstellung ab. Und nun, weil sie nichts mehr leisten können, wirft man sie auf das Pflaster. Eine bittere aber heilsame Lehre nicht nur für Arbeiter der Papierfabrik. Wären die Gefährdeten und Entlassenen organisiert, hätten sie von ihrer Organisation Unterstützung zu bekommen.

**Aus der Zement- und Ziegelindustrie.**

**Die Ziegelsteuer.**

Schon im Vorjahre berichteten wir über den Steuerplan des Ziegelei- und Gutsbesizers Seidler aus Kassel, nach welchem alle Ziegeleifabrikate mit einer Steuer belegt werden sollten. Dieses Steuerprojekt wurde von verschiedenen Seiten bekämpft, von uns, weil es eine schwere Belastung der zur Miete wohnenden minderbemittelten Bevölkerung darstellt, von den Unternehmern, weil es einen Eingriff in die Gewerbefreiheit bedeute. Eine Belastung der Mieter ist es insofern, als die Steuer nicht von den Ziegeleibesitzern getragen, sondern auf die Hausbesitzer und von diesen auf die Mieter abgewälzt werden sollte. Ein Eingriff in die Gewerbefreiheit ist es, weil Herr Seidler als Gegenleistung für seinen Steuerplan von der Regierung verlangte, daß auf die Dauer von 15 Jahren die Erziehung von neuen und die Erweiterung von bestehenden Ziegeleien gesetzlich unterjocht werde.

Herr Seidler gedachte dabei zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Als guter Patriot wollte er dem schwindhüchtigen Reichsbeutel helfen und gleichzeitig auch die unergündlichen Taschen der Ziegeleibesitzer füllen. Die Bedenken, daß dadurch eine Steigerung der Mieten herbeigeführt werde, suchte er durch Ausstellung einer Rechnung zu zerstreuen, wonach bei einem Neubau mit 12 Wohnungen die Kostensteigerung nur 1600 Mk. betragen würde, die bei einer Vermehrung zu 4 Prozent jährlich 60 Mk. ausmache. Auf zwölf Wohnungen verteilt, seien das 5 Mk. für den einzelnen Mieter. Daß jedem Mieter jährlich 5 Mk. zum Wohle der Ziegeleibesitzer abgeholt werden, findet er als selbstverständlich, irgend jemand müßte doch die Steuer tragen, meint Herr Seidler. Den Arbeitern die Arbeit und die Steuern, den Ziegeleibesitzern der Profit; das ist die unverfälschte Unternehmensmoral.

Auch an Versuchen, den Arbeitern die Steuer invariabel zu machen, ließ es Herr Seidler nicht fehlen. So schrieb er: „Die Ziegeleiarbeiter würden ihre bedrücktes Dasein wieder gestiftet sehen und dem Staate fürerlich dankbar sein. Auf eine Anfrage an einen der größeren Verbände christlich organisierter Ziegeleiarbeiter, wie sich die Arbeiterschaft zu diesem Entwurf stellen würde, kam alsbald die Nachricht, daß sich die Ziegeleiarbeiter von diesem Gesetznur Vorteile versprechen könnten. Der Arbeitervertreter der christlichen Organisation erklärte, er könne sich für ihre Wohnbedingungen nur Vorteile denken, wenn das dandierliegende Gewerbe wieder kapitalträchtig würde.“ — Es ist das jedenfalls das erste Mal, daß ein Ziegeleibesitzer zugibt, daß die Ziegeleiarbeiter ein bedrücktes Dasein führen müssen. Seither wurde immer von den hohen Löhnen geredet, die an dem bedrückten Dasein der Ziegeleibesitzer schuld seien. Daß sich der Vertreter des „großen Verbandes christlicher Ziegeleiarbeiter“ (gemeint ist wahrscheinlich der Keramarbeiterverband mit seinen anderthalb hundert Ziegeleiarbeitern) für den Steuerplan ausgesprochen hat, ist nach der Haltung der christlich organisierten Arbeiter bei allen Steuerfragen nicht verwunderlich. Diese Käuze stimmen ja auch für das Volkswortgeheiß. Die Erziehung lehrt uns aber, daß auch kapitalträchtige und sehr rentable Betriebe ihren Arbeitern das „bedrückte Dasein“ nicht freiwillig erleichtern, wenn sie nicht durch die Organisation der Arbeiter dazu gezwungen werden. Gerade der christliche Keramarbeiterverband hat das erst kürzlich ganz in der Nähe von Kassel an sich selbst erprobt, als die „Verzögerten Großalmereider Tonwerke“ ein gewiß kapitalträchtiges Unternehmen, ihren Arbeitern, als sie sich christlich organisieren wollten, sogar das Koalitionsrecht freitig machten. Eine Steigerung der Unternehmerprofite durch die neue Steuer wird bei den Ziegeleibesitzern nicht etwa ihre Gebelane, sondern nur ihre Ausbeutergelüste steigern.

Die Eingriffe in die Gewerbefreiheit, die von einer Anzahl Unternehmer gegen die Ziegelsteuer geltend gemacht wurden, hat Herr Seidler nun dadurch vermieden, daß er die 15jährige Konkurrenzperiode fallen ließ, dafür aber die Bedingungen festsetzte, daß alle Ziegeleien, die nach dem Inkrafttreten des

Steuergesetzes neu errichtet oder vergrößert werden, den einfachen Steuerfuß zu zahlen haben. „Damit“, sagt Herr Seidler, „daß alle nach dem Inkrafttreten des Gesetzes neu zu errichtenden Ziegeleien 6 oder 6 Mark pro tausend Steine mehr als die alten Ziegeleien an das Reich zu entrichten haben, wäre der Schutz gegen die neue Konkurrenz unbedingt gegeben. Der Anreiz zum Bau von neuen Ziegeleien wäre damit hinlänglich geworden, und wir hätten in milder Form, ohne daß man uns mit der Bedenkenart „Gewerbefreiheit“ kommen könnte, dasselbe erreicht, wie mit der 15jährigen Konkurrenzperiode.“

Es soll also durch dieses Gesetz die freie Konkurrenz beseitigt für die heutigen Ziegeleibesitzer ein Privileg geschaffen werden, damit sie dann durch ihre Syndikate und Vereinigungen ihre Warenpreise ganz nach Belieben hochschaukeln können. Herr Seidler sagt dazu selbst: „Es wäre unendlich, wollte man verschweigen, daß die Verteuerung infolge des Zusammenschlusses der Besitzergroßer wird. Wenn es ihnen nur gelänge, die Steuer abzuwälzen, dann hätten sie ja gegenüber dem heutigen Zustande gar nichts erreicht. Das Endziel des ganzen Vorschlags ist: Sperrung gegen neue Konkurrenz und, wenn diese Sperrung erreicht ist, Zusammenschluß der ganzen deutschen Ziegeleindustrie zu einem wirklich kräftigen Syndikat oder mindestens — Gründung einzelner kräftiger langdauernder lokaler Syndikate und Schutzverbände dieser Syndikate untereinander, damit wir auf längere Jahre wieder mit lohnenden Preisen rechnen können.“ An der Befreiung der Reichsfinanzen ist ihnen also einstandesmäßig bezüglich wenig gelegen, die Hauptsache ist nur Nebenbanc geworden, die Befreiung der Profitgier ist das Endziel. Der anfangs vorgegebene Patriotismus, die Sorge um das verschuldete Vaterland war eitel Schein, nur ein Mittel, um mit Hilfe der Reichsregierung den Beutezug auf die Taschen der Mieter ungestört ausführen zu können.

Um nun dem Bruchstein- und Basaltsteinmauerwerk, ebenso den Ertragsbaustoffen, wie Beton, Zement, Gips usw., keinen Vorprung im Wettbewerbe gegenüber dem Ziegelmauerwerk zu geben, hat Herr Seidler neuerdings die Besteuerung sämtlicher Baustoffe seinem Projekt einverleibt. Die festgelegten Steuerfüße betragen pro Tausend: Verbrennziegel 2,60 Mk., ausgefachte Maschinenziegel, Falzziegel, Eisen- und Plasterziegel, poröse Ziegel, Schwammsteine und Dachziegel 1,60 Mk., Schlackensteine, Decken- und Ecksteinziegel 3 Mk., Hintermauerungsziegel, Klinker und geringwertige Ziegel oder Steine (Ausfuß) 1 Mk., Bruch oder Brocken das Kubikmeter 0,25 Mk., Bruch- oder Basaltsteine pro Kubikmeter 0,25 Mk., Zement pro Doppelzentner 0,30 Mk., Gips 0,25 Mk. und Dachpappe pro Rolle (10 Quadratmeter) 0,15 Mk. Dazu kommt nun noch die Preissteigerung, die, wie Herr Seidler zugibt, das Doppelte und Dreifache betragen dürfte. Wenn Herr Seidler auch seinen Ausführungen, die er kürzlich im Verbands der Tonindustriellen machte, vorausschickte, daß sein Steuerplan nicht als Ausfluß eines „mimmerlatten Agrariers“, sondern als „sehr egoistischer Wunsch, dem Ziegeleigewerbe aufzuhelfen“, anzusehen sei, so ist doch die dreifache Art, mit welcher er für eine Handvoll unerfährlicher Ziegeleibesitzer gesellschaftlichen Schutz und Begünstigung, für die zur Miete wohnende minderbemittelte Bevölkerung aber eine schwere Belastung verlangt, ein sicherer Beweis, daß der Gutsbesitzer Seidler, der seinen ökonomischen Unterricht jedenfalls im Zirkus Buch genossen hat, und der Ziegeleibesitzer Seidler ein und dieselbe Person sind.

Daß die Verteuerung der Baustoffe den Hausbesitzern eine günstige Gelegenheit zur Steigerung der Miete bietet, die wohl keiner unbemerkt vorüber gehen lassen wird, braucht nicht besonders betont zu werden. Herr Seidler behauptet zwar, daß das Angebot der alten Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt ausschlaggebend bleiben und einer erheblichen Verteuerung der Mietpreise das Gegengewicht bieten würde, wer aber nicht mit Scheuklappen durch die Welt geht, wird das Gegenteil für richtig halten.

Um einer übermäßigen Preistreibe der Ziegelesyndikate entgegenzutreten zu können, soll der Regierung nach Ablauf der ersten drei Jahre gestattet sein, den Bau neuer Ziegeleien zu dem alten Steuerprivileg zu genehmigen. Die Genehmigung soll jedoch von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden. Zur Entscheidung der Bedürfnisfrage soll ein Ausschuß gebildet werden, der sich aus einem höheren Verwaltungsbeamten, einem Vertreter der Handelskammer, einem Rechtsanwalt, einem Ziegeleibesitzer, einem Bauunternehmer, einem Hausbesitzer, einem Ziegeleibeamten und einem Ziegeleiarbeiter zusammensetzt. Dieser Ausschuß hat die Bedürfnisfrage zu verneinen, wenn im Umkreise von 20 Kilometern in den drei vorhergehenden Jahren nur bis 75 Prozent der Normalproduktion der vorhandenen Ziegeleien abgesetzt werden konnte. Ferner wenn im gleichen Umkreise in den letzten drei Jahren der durchschnittliche Marktpreis niedriger als 25 Mk. für das Tausend Hintermauerungsteine gestanden hat. Die Bedürfnisfrage muß bejaht werden, wenn im Umkreise von 50 Kilometern keine Ziegelei vorhanden ist, die durchschnittliche marktfähige Hintermauerungsteine herstellen kann. Diese ganze Bestimmung soll nur ein Verhütungsmittel sein für kritisch veranlagte Elemente, eine sogenannte „weiße Salbe“. Daß sie das bleibt, dafür sorgt schon die Zusammenlegung des Ausschusses.

Herr Seidler hat nun seinen Steuerplan in 13 Paragraphen zusammengefaßt und ihn der Reichsregierung vorgelegt. Wie er mitteilt, hat er auch schon mit den maßgebenden Vertretern verschiedener Parteien des Reichstags gesprochen und bei allen eine warme Stimmung für seinen Plan bemerkt. Eine Partei des Reichstags wolle den Plan als Initiativantrag einbringen und auch die Regierung habe sich schon mit dem Material vertraut gemacht und sich auf Eventualitäten vorbereitet. Auch sei er schon dreimal zu mündlichen Vorträgen über die Sache beim Reichstagsamt gewesen. Die Regierung ist also, durch die Finanzminister gezwungen, bereit, dieser absonderlichen Steuer näher zu treten. Da sich nun auch der Verband der Tonindustriellen dafür erklärt hat, so dürfte die Zeit nicht allzu fern sein, wo der Wechselbalg des Herrn Seidler das Licht des Reichstags erblickt. Jeder wird dann das Seine erhalten: das Reich seine Steuern, die Ziegeleibesitzer ihren Profit, die Hausbesitzer höhere Mietpreise, Herr Seidler seinen Orden und die Arbeiter — dürfen beglücken.

Der Gewinn, der aus den Ziegeleiarbeitern alljährlich herausgepreßt wird, genügt also den unerfährlichen Ziegeleibesitzern nicht mehr, sämtliche Mieter sollen ihnen mit Hilfe des Gesetzes tributpflichtig gemacht werden, genau wie die Schnapsjunker und Zunderbarone wollen auch sie sich an der großen Staatskrippe mästen. Das muß auch für die Ziegeleiarbeiter ein Ansporn sein, ihre träge Gedankenlosigkeit und verkehrterweise Verschwendung abzustreifen und den Zusammenschluß aller Ziegeleiarbeiter zu einer kräftigen Organisation zu fördern, dann werden auch sie, gleich den Ziegeleibesitzern, mit lohnenden Preisen für ihrer Hände Arbeit rechnen können.

**Flensburg.**

Erfolgreiche Abwehrbewegung. Der Unternehmer A. Andersen legte den bei ihm beschäftigten Arbeitern einen Lohnvertrag vor, durch dessen Unterzeichnung sich die Arbeiter mit einem Lohnabzug von 2 Pf. pro Stunde einverstanden erklären sollten. Als die Arbeiter sich weigerten, wurden sie entlassen. Nach erfolglosem Bemühen, Streikbrecher heranzuziehen, wurde Herr Andersen müde. In den Verhandlungen mit unterm Geschäftsführer verpflichtete er sich, den früheren Stundenlohn zu zahlen und sämtliche Leute wieder einzustellen. Am Donnerstag früh, nach sechs Tagen Kampf, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Wiesloch.**

In der Tonwarenindustrie Wiesloch haben wieder 2 Familienöcker die Schrecken der kapitalistischen Ausbeutung kennen gelernt. Am 30. Juni vormittags zwischen 11 und 12 Uhr wurde dem Arbeiter Adam Wolf von der Ziegelpreffe die Hand gedrückt. Er dürfte dadurch für sein Verbot ein Krüppel bleiben. Zur gleichen Zeit wurde ein anderer Arbeiter, Rath, Kühle, der mit Tongraben beschäftigt war, von einer herabfallenden Lehmwand verdrückt und an Armen und Beinen schrecklich zugerichtet, so daß er tot auf dem Plage blieb. Er hinterläßt Frau und 5 Kinder. Gesund und munter verließ er morgens ihr Heim, um oder halb verkrüppelt wurden sie wieder nach Hause gebracht. Arbeiter der Ton-





haupte bezeichnet. Aber wir wollen heute von den Explosionsgefahren dieses Industriezweiges...

Beginnen wir bei der Kohlerei, die wohl mit Recht als die gefährlichste Arbeit in den Sprengstoff- und Pulverfabriken angesehen wird.

Unter Kohlen verstehen die Sprengstoffarbeiter denjenigen Prozess, bei dem die verschiedenen Pulverarten aus dem Rohmaterial zusammengeleitet, das heißt durcheinander zerlegt werden.

Die bei dem Kohlen beschäftigten Arbeiter müssen sich in acht nehmen, daß sie, da das Kohlen im Sommer im Freien abgenommen wird, nicht in jene Richtung kommen, wohin dieser Qualm mit dem Winde abzieht.

Fast ebenso schlimm sind die Vergiftungserscheinungen, die bei dem zweiten Kohlenprozess auftreten. Hier wird die aus dem ersten Kohlenprozess entstehende Masse in runde Tongefäße gefüllt...

Während so sind auch die Vergiftungserscheinungen, die beim Herstellen der andern Sprengstoffe auftreten. Besonders hervorzuheben sei nur noch die Gefährlichkeit der Gase beim Herstellen von „Erie“.

Geben wir nun noch mit einigen Worten der Laderei. Zur Laderei zählen jene Räume, wo Hühnerhütten oder Sprenghütten mit der Maschine oder der Sprengpatrone mit der Hand gefüllt werden.

Wie sind nun die Wohnverhältnisse dieser Arbeiter, die fast immer mit einem Fuß im Grabe stehen? Aufzählung von 3 RM. und 3,25 RM. und für die Regel; daß bei dem geringen Gehalt die meisten Arbeiter die Sprengstoff-Fabrik als Durchgangsstation betrachten...

Wie die Unruhmertkarte des Gewinns aufzuheben helfen.

Die Unruhmertkarte für gewöhnliche Industrie in Selbstkostenberechnung ist die in der Handlung mit der selbständigen Herstellung von gewöhnlichen Gegenständen...

schafft weniger im Maß der Ergebnisse, als in einem Rückgang der Preise bemerkbar machen, befriedigend sei; es steht ein dem Vorjahre ungefähr entsprechendes Ergebnis zu erwarten.

Arbeiterkongress für Thomaßschlademühlen. Im Reichsanzeiger wird eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 3. Juli veröffentlicht, durch welche die Verordnung des Bundesrats vom 25. April 1899 und 15. November 1903 über den Betrieb gewerblicher Anlagen...

Explosion in einer chemischen Fabrik. In der Nacht vom 6. zum 7. Juli brach in der Fabrik von Morgenstern, Bigot u. Co., Dillwälder a. d. Wille, dadurch Feuer aus, daß ein mit Kampfer gefüllter großer Kupferkegel explodierte...

Wohlfahrt. Eine zeitgemäße und vernünftige Verfügung der Direktion der Farbwerke prangt an der schwarzen Tafel. Es wird unter allen Bedingungen den Arbeitern unterstellt, daß die 25-jährigen Jubiläen für den Jubilar „freiwillige“ Beiträge zu sammeln.

Wohlfahrt. Vor einigen Jahren mußte die hiesige Gemeinde eine Wasserleitung mit Pumpwerk anlegen, weil durch Abwässer der chemischen Fabrik G. G. Ottmann u. Co. das Brunnenwasser verunreinigt und ungenießbar geworden.

Rundschau.

Der Landarbeiter. Die erste Nummer des Organs des neugegründeten, mit dem Bauernverband und Arbeiterinnen Deutschlands ist erschienen, um die Aufgabe der Organisation und Aufklärung unter den ländlichen Arbeitern zu vollziehen.

ersten Nummer teilt sich in Artikel aufklärenden Inhalts, Mitteilungen aus den eigenen Organisationsgebieten und einer unterhaltenen Teil.

Zuschriften für den Verbandsvorstand sind an Georg Schmidt, Berlin S.O. 16, Reichsallee-Pag. 1, II. zu richten, für die Redaktion an Fritz Haack, ebendort.

Die Adressen der Gauvorstände sind: für Provinz Sachsen, Anhalt und die thüringischen Staaten: Alfred Hille, Magdeburg, Sophienstraße 58, III.; für Bayern rechts des Rheins: R. Reiblich, München, Spitzwegstraße 10, II.; für das übrige Süddeutschland und Südwestdeutschland: S. Garber, Stuttgart, Kelterstraße 35.

Die Invalidenkarte als schwarze Liste.

Die Schärfermacher des Bangerwerbes in Hamburg haben eine allgemeine Aussperrung vorgenommen, um — wie sie selber eingestehen — die straffe Organisation der hantewerblichen Arbeiter Hamburgs zu zerstören, oder doch wenigstens zu schwächen.

„Sehr geehrter Herr Kollege! Hierdurch benachrichtigen wir Sie ergebenst, daß am 5. Juni bei uns die Maurer, Zimmergesellen und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt worden sind.“

Der § 184 der Invalidenversicherungsgesetzes bedroht zwar jeden mit Geldstrafe bis zu 2000 M. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten, wer in die Invalidenlisten Eintragungen oder Bemerkungen oder Veränderungen macht, um den Inhaber der Karte andern Arbeitgebern gegenüber zu kennzeichnen...

Unternehmerliste.

Im Vorjahr hatte der Streikbrecheragent Genke aus Berlin einen Telegrammschlüssel zur Lieferung von Streikbrechern erlangt und den Unternehmern zur Benutzung zugestellt, worin die Arbeiter mit allerhand Dienennamen bedacht waren.

- 1. Bitte um telegraphische Auskunft über Ihren früheren bewirbt...
2. Bitte um telegraphische Auskunft über Ihren jetzigen bewirbt...
3. Ist... bei Ihnen ordnungsgemäß entlassen?
4. Ist... bei Ihnen noch vertraglich verpflichtet?
5. Sind Sie mit dem sofortigen Austritt des... einverstanden?
6. Welchen Lohn hat... bei Ihnen gehabt?
7. Welches sind die guten Eigenschaften des...?
8. Welches sind die schlechten Eigenschaften des...?
9. Hat... sich schon bei Ihnen an Streikagitation beteiligt?
10. Ist das außergewöhnliche Verhalten des... einwandfrei?

Ja heißt or, Nein: od, etwas: del, sehr: deg, überaus: des, Wochentlohn: sad, Stundenlohn: al, Tagelohn: luma, Monatsgehalt: Ar, Allordlohn: for.

Zu Frage 7 sind folgende Antworten vorgesehen: Charakter: wal, tüchtig: wol, fleißig: wug, strebsam: wag, gewissenhaft: wes, ruhig: wog, zuverlässig: wol, arbeitsam: wos, intelligent: wad, geschäftig: wod, pünktlich: war, sauber: wil, nützlich: wis, energisch: wig, verträglich: wid, bescheiden: wik.

Die einzelnen Arbeiter werden wie folgt bezeichnet: Färber: geblie; roid, Detacheur: rog, Mahwässer: rud, Weinwässer: rig, Appreteur: rus, Maschinist: rum, Feiger: rois, Arbeiter: rod, Rührer: ril, Ausläufer: rel, Fassboiler: rar, Färbermeister: rog, Wäschmeister: rek, I. Dehner: rom, Wermeister: rul, Werksführer: rel, Geschäftsführer: ror, Betriebsleiter: ros, Expedient: rad, Kontorist: rid, Buchhalter: ros, Kassierer: rom, Korrespondent: rol, Fabrikant: tel, Buchhalterin: tal, Expedientin: teg, Kassiererin: tam, Korrespondentin: tan, Büglerin: tog, Näherin: tof, Detacheuse: tos, Appreteurin: tom, Dämpferin: ton, Spannerin: tor, Arbeiterin: ter, Wäscherin: tas, Ausläuferin: tet.

Wir nehmen an, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Färbereien und chemischen Wäschereien sich dies Stadtbriefschema merken werden und daß es unter ihnen wirken wird als: wol gilt!

Vom sündhaften Baden.

Der „Arbeiter“, das Organ der Facharbeiter, brachte kürzlich einen Artikel über die Nützlichkeit des Badens von einem Dr. R. Der Artikel betont die gesundheitsfördernde Wirkung des Badens und behauptet, daß noch sehr wenig Sinn für Körperliche Reinigung vorhanden sei.

Gleichzeitig fällt uns folgende Notiz in die Hände: In Bilbao, einem spanischen Industriort, waren dem Gemeinderat die Mittel zur Errichtung eines Schulbades zur Verfügung gestellt worden. Nur das Wasser sollte die Gemeinde gratis liefern.